

Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich -

Datum: 29.11.2012
Ort: Beratungsraum 118 im Rathaus, Markt 1, 09111 Chemnitz
Zeit: 16:40 Uhr – 17:22 Uhr
Vorsitz: Herr Bürgermeister Philipp Rochold

Beschlussfähigkeit

Soll: 13 Stadträtinnen/Stadträte
Ist: 8 Stadträtinnen/Stadträte

Anwesenheit

Entschuldigt

Frau Steffi Barthold	SPD-Fraktion	dienstlich
Frau Dr. Heidi Becherer	SPD-Fraktion	dienstlich
Herr Wolfgang Lesch	Fraktion FDP	Witterung
Herr Wolfgang Meyer	Fraktion FDP	dienstlich

Verspätetes Erscheinen

Frau Dr. Peggy Szymenderski	SPD-Fraktion	17:06 Uhr; TOP 4.1; Stau
-----------------------------	--------------	-----------------------------

stellvertretendes Ausschussmitglied

Herr Klaus Möstl	SPD-Fraktion	i. V. für Frau Barthold
------------------	--------------	-------------------------

Stadtratsmitglieder

Frau Margitta Hochmuth	CDU-Ratsfraktion
Frau Christine Pastor	Fraktion DIE LINKE
Frau Ines Saborowski-Richter	CDU-Ratsfraktion
Frau Susanne Schaper	Fraktion DIE LINKE
Herr Jan Schulze	Fraktion DIE LINKE
Herr Michael Walter	CDU-Ratsfraktion
Frau Petra Zais	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sachkundige Einwohner

Herr Ralph Beckert
Herr Peter Borm
Herr Jens Heydecke
Frau Dietlind Voigt

weitere Stadtratsmitglieder

Herr Andreas Wolf	fraktionslos
-------------------	--------------

beratend Teilnehmende

Frau Etelka Kobuß Ausländerbeauftragte

Bedienstete der Stadtverwaltung

Herr Hans-Jürgen Gehrman Abteilungsleiter Abt. 53.1
Frau Etelka Kobuß Ausländerbeauftragte
Frau Carola Pohlmann Sachgebietsleiterin SG 50.01
Frau Anke Protze Abteilungsleiterin Abt. 53.2
Herr Michael Seidel Referent Dezernat 5
Frau Cornelia Utech amt. Amtsleiterin Amt 50
Frau Dr. Nicola Wagner Sachgebietsleiterin SG 50.03

Schriftführerin

Frau Ramona Seidel

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Herr Bürgermeister Rochold eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich - vom 27.09.2012
-

Gegen die Niederschrift sind keine Einwendungen eingegangen. Sie gilt somit als genehmigt.

- 4 Beschlussvorlage an den Sozialausschuss
-

- 4.1 Förderung von Trägern der freien Wohlfahrtspflege - Haushaltsjahr 2013
Vorlage: B-260/2012 Einreicher: Dezernat 5/Amt 50
-

Frau Utech (amt. Amtsleiterin Amt 50) führt in die Beschlussvorlage ein. Sie erklärt, dass der Beschluss Grundlage für den Abschluss von Vereinbarungen für das Jahr 2013 sei und sich am Gesamtbudget nach EKko gegenüber 2012 nichts geändert habe. Sie informiert darüber, dass es allerdings Veränderungen in den Zuständigkeiten gab. So werde die KISS zukünftig vom Gesundheitsamt betreut. Der Träger der Einrichtung „Treff am Wind“ habe in Absprache mit dem Sozialamt sein Angebot dahingehend verändert, dass es eine reine Begegnungsstätte bleibe und keine Seniorenbegegnungsstätte mehr sei. Sie erwähnt, dass die Chemnitzer Tafel weniger Zuschüsse als 2012 beantragt habe. Mit Beschlussfassung könnten die ersten Quartalszahlungen im Januar 2013 erfolgen.

Frau Stadträtin Saborowski-Richter (CDU-Ratsfraktion) fragt wie es mit der Maßnahme lfd. 37 nach Auslaufen der EFRE-Fördermittel nach dem 30.06.2012 weitergehe.

Frau Dr. Wagner (Sachgebietsleiterin SG 50.03) erklärt, dass hierfür der Zuschuss der Stadt in Höhe von 25.000 € im Rahmen des Budgets früher bereitgestellt werde.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) möchte zur Maßnahme lfd. Nr. 19 wissen, warum das Haus der Begegnung in Markersdorf 3.000 € mehr erhalte. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Frequentierung der Einrichtungen in die Bewerbungen einfließen müsse und fragt, ob es einheitliche Bewertungskriterien für alle Träger gäbe.

Frau Dr. Wagner erklärt, dass in Auswertung der Spezifizierung der Arbeit vor Ort entschieden wurde, dass diese eine besondere Begegnungsstätte sei, da sie Angebote für Behinderte anbiete.

Auf die Frage des **Herrn Stadtrat Möstl**, warum diese dann nur in die Kategorie 1 eingegliedert sei, antwortet **Frau Dr. Wagner**, dass zwischen Senioren- und Behindertenstättenkonzept unterschieden werde und hier die Kategorisierung variere.

Sie führt weiter aus, dass derzeit differenzierte statistische Erhebungen erfolgen und dass die Anregung zu einer gleichen Bewertung je Angebotscharakter mitgenommen werde.

Frau Stadträtin Pastor (Fraktion DIE LINKE) spricht zur Umkategorisierung aufgrund fehlender Barrierefreiheit der Begegnungsstätte „Gleis 1“ und fragt, ob mit der Herstellung der Barrierefreiheit in einem neuen Objekt wieder die Einordnung in Kategorie 3 erfolgen könne.

Frau Utech führt aus, dass man mit der Begegnungsstätte „Gleis 1“ bereits seit dem I. Quartal 2011 im Gespräch sei und das Angebot und die Besucherzahlen für eine Förderung nicht ausreichen. Erfolgen demnächst Initiativen und werden Kriterien eingehalten, stehe ein entsprechender Vertrag zur Verfügung.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass sie die für die Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe (KISS) eingestellte Summe nicht im Haushaltsplanentwurf für das Amt 53 finden könne. Sie fragt, wie der Mehraufwand durch die Übertragung an das Gesundheitsamt kompensiert werde. Sie erbittet rückwirkend und für die Zukunft eine Gesamtübersicht über beantragte Mittel der Freien Träger inklusive der Maßnahmen unter 25.000 €.

Herr Bürgermeister Rochold weist darauf hin, dass zu beschlossenen EKKO-Maßnahmen der Beschluss umgesetzt werden müsse, es sei denn es werde ein neuer Beschluss gefasst.

Frau Dr. Wagner erklärt zum KISS, dass die Einrichtung aus dem Amt 50 in das Amt 53 übergeleitet werde und sich auf eine Summe von 30.500 € verständigt wurde. Die erbetene Gesamtübersicht werde gefertigt und nachgereicht.

Herr Gehrman (Abteilungsleiter Abt. 53.10) informiert zur KISS, dass es sich hier um einen reinen formalen Sachverhalt handle, der noch der Bestätigung des Ausschusses bedarf. Zur Aidshilfe erklärt er, dass die Personalkostenreduzierung lediglich durch die altersbedingte Einstufung zwei neuer jüngerer Mitarbeiter zu Stande komme.

Herr Stadtrat Möstl fragt zur Maßnahme lfd. Nr. 25, wie viele Wohnungslose es in Chemnitz gäbe und ob das Angebot ausreichend sei um den Bedarf abzudecken.

Frau Dr. Wagner informiert, dass den Tagestreff ca. 20 Personen pro Tag aufsuchen.

Frau Voigt (sachkundige Einwohnerin) unterrichtet, dass es im Seniorenbeirat am 13.11.2012 eine Diskussion zum „Gleis 1“ gab und betont, dass sich die Leiterin der Einrichtung viel Mühe gäbe, gute Arbeit zu leisten.

Herr Stadtrat Jahn (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) möchte zur Maßnahme lfd. 12 wissen, ob sich der Bürgertreff und die Soziale Beratung zusammengetan hätten und wie sich die Summe zusammensetze. Er meint, dass das „Gleis 1“ verhältnismäßig viel Unterstützung dafür erhalte, dass zu wenige Besucher die Einrichtung nutzen und die Forderungen nicht erfüllt werden.

Frau Dr. Wagner erklärt, dass der Verein Soziale Beratung mit in die Müllerstraße gezogen sei und sein Förderbetrag mit dem EKKo auf 1.080 € gesenkt wurde. Die Neue Arbeit Chemnitz e. V. habe somit eine Mieteinnahme.

Zum „Gleis 1“ denkt sie auch, dass die Absenkung um 3.000 € gelinde sei. Dies sei dem geschuldet, dass über Jahre hinweg eine gute Arbeit geleistet wurde und die Zusammenarbeit nicht abgebrochen werden sollte.

Beschluss B-260/2012

Der Sozialausschuss beschließt die Zuwendungen an freie Träger der Wohlfahrts-
pflege für soziale Dienste im Jahr 2013, auf der Grundlage der Fachförderrichtlinie
Jugend, Soziales, Gesundheit – FRL-JSG, in einer Gesamthöhe von
1.842.216,00 € und die Verteilung der Zuwendungen unter Vorbehalt des Erlasses
der Haushaltssatzung 2013 gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

Der Beschluss berücksichtigt die Beschlussvorlage B-005/2011 (Maßnahme 50/14
in Anlage 1) einschließlich des beschlossenen Änderungsantrages der SPD-
Fraktion und CDU-Ratsfraktion.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(7 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)**

5 Verschiedenes

5.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Frau Utech informiert, dass nach erfolgter Abstimmung mit dem Nachtquartier aufgrund der Witterungsverhältnisse 14 Plätze zur Verfügung stehen und derzeit acht bis zehn Personen die Einrichtung nutzen. Bei Minusgraden wäre auch tagsüber geöffnet.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) weist darauf hin, dass der jetzige Personalbesatz nicht für den ganzen Tag ausreichend sei und fragt, ob es Überlegungen gäbe, zusätzlich Personal zur Verfügung zu stellen.

Frau Utech erklärt, dass der Träger nicht angezeigt habe, dass zusätzliches Personal erforderlich sei und eine Finanzierung zusätzlichen Personals derzeit auch nicht möglich wäre.

Herr Borm (sachkundiger Einwohner) sagt, dass es eine Herausforderung sei, die Einrichtung 24 Stunden zu öffnen und es dabei hauptsächlich Probleme mit dem Nachtquartier gäbe, was er erläutert. Er fragt, ob es möglich sei, dass er in einer der nächsten Sitzungen des Sozialausschusses allgemein zur Wohnungslosenhilfe referiere.

Herr Bürgermeister Rochold sagt, dass diese Bitte aufgenommen werde.

5.2 Fragen der Ausschussmitglieder

Frau Stadträtin Zais regt an, im Zusammenhang mit der KdU-Richtlinie im Sozialausschuss die Geschäftsführerin der GGG mbH, Frau Kalew, zum Konzept der GGG mbH zur Verfügungstellung sozialen Wohnraums anzuhören.

Sie erinnert an die Zusage, dass regelmäßig im Sozialausschuss zu den KdU berichtet werde.

Hierzu informiert **Frau Utech**, dass mit der Berichterstattung im Januar 2013 begonnen werde.

Herr Stadtrat Möstl erwähnt, dass benötigter Wohnraum nach der KdU-Richtlinie nicht nur auf die GGG mbH abgewälzt werden könne, sondern andere Wohnungsgesellschaften ebenso Wohnraum anbieten müssten.

Herr Bürgermeister Rochold denkt, dass auch weitere Wohnungsgenossenschaften beteiligt werden.

Frau Stadträtin Zais führt aus, dass der Vorwurf im Raum stehe, dass unsanierter Wohnraum zu niedrigen Mieten vorgehalten werde. Aus finanzieller, sozialpolitischer und auch aus ökologischer Sicht sei es ihr wichtig, dass die GGG mbH sich im Sozialausschuss positioniere.

- 6 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich -
-

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden **Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** und **Herr Stadtrat Walter (CDU-Ratsfraktion)** bestimmt.

11.12.2012 *Rochold*
Datum Philipp Rochold
Vorsitzender
des Ausschusses

12.12.2012 *Zais*
Datum Zais
Mitglied
des Ausschusses

12.12.2012 *Walter*
Datum Walter
Mitglied
des Ausschusses

10.12.2012 *Seidel*
Datum Seidel
Schriftführerin